



FÜR EINE GEWERBEFREUNDLICHE STADT

Positionspapier der SP-Fraktion des Gemeinderats der Stadt Zürich

1. Die SP will gute Bedingungen für KMU und Gewerbe

Die SP ist die Partei für die Stadt Zürich und ihre BewohnerInnen. Entsprechend setzen wir uns seit jeher für ein KMU-freundliches und wohnliches Zürich ein: Im zentralen Bereich der Bereitstellung von zahlbaren Wohn- und Gewerberäumen haben wir mit der Schaffung der Stiftung für preisgünstigen Wohn- und Gewerberaum (PWG) bereits einiges erreicht. In die gleiche Richtung zielt die "Initiative für bezahlbare Wohn- und Gewerberäume", die am 13. Juni 2010 mit grosser Mehrheit vom städtischen Stimmvolk angenommen wurde. Die rot-grün regierte Stadt Zürich bietet eine stabile Steuerbelastung und einen funktionierenden öffentlichen Dienst: Dies soll auch so bleiben. Die SP-Fraktion strebt eine Verringerung der Regulierungsdichte und eine bürgerInnen- und gewerbenaher Verwaltungskultur an. Wir lehnen es jedoch ab, Bestrebungen zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) einseitig auf steuerpolitische Aspekte oder auf "Bürokratieabbau" zu reduzieren. Der "Bürokratieabbau" stellt für eine nachhaltige Förderung lokaler KMU nur eines unter vielen Themen dar. Wichtiger für eine nachhaltige KMU-Politik sind etwa die Bereitstellung von geeigneten und zahlbaren Räumen, die Schaffung entsprechender BZO-Zonen, Verkehrsfragen (inkl. Parkplätze) sowie die Möglichkeit für InhaberInnen und Angestellte, zahlbaren Wohnraum zu finden.

Obwohl die Ansprüche der einzelnen KMU sehr unterschiedlich sind, ist es unser Ziel, in Zürich günstige Bedingungen für alle KMU – seien es nun Malerbetriebe oder Werbeateliers – zu erhalten bzw. zu schaffen. So muss weiterhin auch produzierendes Gewerbe in der Stadt Platz haben. Und es gilt, quaternahe Versorgungsstrukturen mit ihren Läden und "Lädeli" zu erhalten. KMU-Förderung bedeutet immer auch die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen. Sie ist im Interesse einer wohnlichen Stadt, die geprägt ist von einer guten Durchmischung und von kurzen Wegen.

1.1 Wirtschaftsstruktur und Rolle der KMU

Seit Jahrzehnten ist die Wirtschaftsstruktur der Stadt Zürich nicht mehr durch die Industrie, sondern durch den dritten Sektor geprägt. Über 90% der Arbeitsplätze sind in der Dienstleistungsbranche angesiedelt.¹ Über 80% der Firmen sind Mikrobetriebe (Kleinstunternehmen) mit bis zu neun Beschäftigten. Diese bieten gut 20 Prozent der Arbeitsplätze an. Als kleine Unternehmen werden Betriebe mit zehn bis 49 Beschäftigten bezeichnet, während ein Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten als mittelgross gilt. Der durchschnittliche Zürcher Betrieb hat knapp 14 Beschäftigte. Während gut 70 Prozent der Beschäftigten in der Stadt Zürich im KMU-Bereich tätig sind, bieten die rund 160 Betriebe mit über 250 Beschäftigten rund 30 Prozent aller Arbeitsplätze an. Sie stellen aber bloss 0,6 Prozent der Gesamtzahl der hier ansässigen Betriebe dar.² KMU – und dabei insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen – aller Art bilden somit das eigentliche Rückgrat der hiesigen Wirtschaft. Für die Stadt Zürich ist wichtig, dass KMU unterschiedlichste Arbeits- und auch Ausbildungsplätze anbieten. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang das "Ethnic Business" (d.h. Geschäfte, die von ImmigrantInnen geführt werden und z.T. ethnospezifische Angebote bereitstellen). Dieses erbringt neben wirtschaftlichen auch Integrationsleistungen.

Die 2010 von der Stadt herausgegebene Studie "Gewerbefreundliche Stadt Zürich" unterscheidet im Hinblick auf das Gewerbe publikumsorientierte Dienstleistungen (wie Gastronomie oder Detailhandel) von produzierenden Betrieben (Handwerk, Instandhaltung). Hinzu kommen quartierbezogene Dienstleistungen wie Coiffeurbetriebe, Schuhmacher oder Optiker. Was die Tendenzen der Strukturveränderung angeht, lässt sich vor allem in der Innenstadt eine "Filialisierung und Textilisierung" feststellen. Ableger von Ketten, insbesondere grosser Modegeschäfte, gewinnen Oberhand, während Einzelgeschäfte es schwer haben. Dies hat in erster Linie mit den stetig steigenden Mieten im privaten Liegenschaftensektor zu tun – eine Tendenz, gegen die sich die SP seit Jahrzehnten wehrt.

Da KMU binnenwirtschaftlich orientiert sind, sind sie krisenresistenter und können beschäftigungsstabilisierend wirken. Entsprechend kommt den KMU eine bedeutende Rolle bei der für die Stadt wichtigen wirtschaftlichen Diversifizierung zu, ohne die eine grössere Unabhängigkeit von den Grossbanken und von deren Steuern nicht zu erreichen ist. Die Bedeutung der KMU für die Stadt Zürich ist zu betonen: So macht der insbesondere durch KMU garantierte Branchenmix die Stadt attraktiv, während KMU zugleich zahlreiche Arbeitsplätze und Lehrstellen schaffen und der Bevölkerung ein breites Angebot an Waren und Dienstleistungen bieten. Die Förderung und Erhaltung eines starken KMU-Standorts Zürich ist für die SP-Fraktion Bestandteil einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.

1.2 Kreativwirtschaft

Ein wichtiger und unter klassischen Gewerbeaspekten oft vernachlässigter Bereich der KMU-Wirtschaft ist die Kreativwirtschaft. Dabei entwickelt sich diese sehr dynamisch und trägt zu Vielfalt und Wertschöpfung bei. 19% der Stadtzürcher Betriebe und 9% der Beschäftigten (33'000 Personen) sind der Kreativwirtschaft zuzurechnen.³ Zur Kreativ-

¹ Vgl. Branchen, Betriebe, Beschäftigung: Betriebszählung in der Stadt Zürich, Statistik Stadt Zürich, 3/2010, S. 5.

² Vgl. Wirtschaftsbarometer Zürich 3/2010, S. 17.

³ Vgl. Dritter Kreativwirtschaftsbericht Zürich, 2010, S. 16f.

wirtschaft gehören die Bereiche Musik, Buch, Film, Rundfunk, darstellende Kunst, Design, Architektur, Werbung oder auch die Entwicklung von Computergames.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist geprägt durch Klein- und Kleinstunternehmen. Fast 80% der Unternehmen der Kreativwirtschaft bestehen aus ein bis zwei Personen. Ebenfalls typisch sind befristete Arbeitsverträge, unregelmässige Arbeitszeiten und ein tiefes und unregelmässiges Einkommen im Vergleich zur meist hohen Qualifikation. Auch für die soziale Sicherheit – insbesondere für Selbständigerwerbende – liegen auf nationaler Ebene noch keine Lösungen vor. Das Unternehmensrisiko ist nicht zuletzt aufgrund trendorientierter Märkte hoch.⁴

Für die Kreativwirtschaft sind Netzwerke zentral: Dazu gehören auch Orte wie das "Basislager", wo der gegenseitige Austausch stattfinden kann. Ebenso wichtig sind günstige Räume und Kreditmöglichkeiten (inkl. Mikrokredite), da die Akteure oft keine oder kaum Sicherheiten und daher wenig Möglichkeiten haben, Bankkredite zu erhalten, um Investitionen vorzufinanzieren. Selbständige und Kleinstunternehmende sind auch bezüglich Steuern und sozialer Sicherheit benachteiligt.

1.3 Ethnic Business

Nicht zu vernachlässigen ist der Bereich des "Ethnic Business". Unter Ethnic Business versteht man in der Schweiz meist Geschäfte, die von ImmigrantInnen geführt werden ("Immigrant Business"). Ihr Angebot kann ethnospezifisch sein, muss aber nicht. Gründungen von Zugewanderten – denen die Statistiken eine höhere Risikobereitschaft zubilligen – sind oft Klein- und Kleinstunternehmen. Ein eigenes Geschäft bietet die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg und zur beruflichen Selbstverwirklichung, ohne an gläserne Decken der Diskriminierung zu stossen – sei es aufgrund des "falschen" Namens oder aufgrund einer nicht anerkannten Ausbildung. Ethnic Business bietet zahlreiche Arbeitsplätze und kann einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten. Und nicht zuletzt bereichern die Angebote des Ethnic Business die Stadt – man denke nur an den kulinarischen Bereich.

1.4 Ausbildung

KMU, Gewerbe und Kreativwirtschaft bieten nicht nur zahlreiche Arbeits-, sondern auch Ausbildungsplätze an: Die Lehrlingsquote ist im KMU- und Gewerbebereich etwa doppelt so hoch wie in Grossunternehmen; die KMU leisten somit einen wichtigen Beitrag für den Fortbestand des dualen Bildungssystems, besonders auch im Bereich der handwerklich-gewerblichen Berufe. Es braucht diese Vielfalt, um die neuen ebenso wie die herkömmlichen Bedürfnisse der Gesellschaft zu decken.

Ein Erfolg sozialdemokratischer Politik im Kanton Zürich ist die Schaffung des Berufsbildungsfonds. Dieser fördert die Schaffung von Lehrstellen und stellt sicher, dass auch Betriebe ohne Lehrlinge einen Beitrag an die Berufsbildung leisten.⁵ Ein solcher Fonds ist auch deshalb sinnvoll und notwendig, weil die Ausbildung von Fachkräften für KMU eine zentrale Rolle spielt. So bietet der (Fach-)Hochschulstandort Zürich für KMU, Gewerbe und Kreativwirtschaft gute Bedingungen und ein attraktives Angebot. Die SP-Fraktion ist der Auffassung, dass ein Engagement der kleinen und mittleren Betriebe im

⁴ Vgl. Dritter Kreativwirtschaftsbericht Zürich, 2010, S. 11.

⁵ Der Beitragssatz an den Fonds beträgt ein Promille der bei der Familienausgleichskasse abrechnungspflichtigen Lohnsumme.

Bereich Jugendarbeitslosigkeit und in der Beschäftigung von AusbildungsabgängerInnen erwartet werden kann und letztlich in deren eigenem Interesse liegt.

2. Nicht nur, aber auch: "Bürokratieabbau"

2.1 Regulierung als Eigendynamik der Politik

Bürokratieabbau mit dem Ziel der KMU-Förderung ist derzeit in aller Munde. Gemeint sind damit eine Verringerung der für Einzelpersonen oder für Unternehmen spürbaren Regelungsdichte sowie eine effiziente und dienstleistungsorientierte Verwaltungskultur. Diesen Zielen fühlt sich auch die SP-Fraktion verpflichtet. Auch wir konstatieren eine generell hohe Regulierungsdichte und die Tendenz in der Politik, auf allen Ebenen für zusätzliche Regulierung zu sorgen.

Zwar kämpfen derzeit mehrere Volksbegehren für einen "Bürokratie-Stopp" oder für die Entlastung von KMU, doch folgen den damit verbundenen Worten kaum je Taten. So sind Bund und Kanton Zürich wie auch zahlreiche Gemeinden von genau denjenigen Parteien dominiert, die sich den Kampf gegen Bürokratie zuoberst auf die Fahne geschrieben haben. Dies führt aber nicht dazu, dass seitens der Politik weniger (oder weniger komplex) reguliert oder gar Vorschriften abgebaut würden. Im Gegenteil: Nach wie vor trifft es zu, dass "den liberalen Sonntagspredigten [...] werktags neue Gesetze, Regeln, Vorschriften, Verbote auf dem Fuss" folgen.⁶ Klar ist: Die gerade von bürgerlicher Seite oft zu vernehmenden Schuldzuweisungen an die linken Parteien sind fehl am Platz. Diejenigen, die beim Vollzug von Gesetzen lautstark ihrem Ärger Ausdruck geben, sind oft Mitglieder derselben Parteien, deren Vertreter die Gesetze erlassen haben.

Wir betonen, dass der überwiegende Teil der für KMU relevanten Normen und Vorschriften aus dem Bundesrecht stammt oder auf kantonaler Ebene geregelt ist bzw. vollzogen wird.⁷ Die städtischen Kompetenzbereiche sind verhältnismässig beschränkt: Sie beinhalten im Wesentlichen die Erteilung von Baubewilligungen (im Rahmen der Umsetzung kantonaler Gesetze), bestimmte Kontrollen sowie die Erteilung von Bewilligungen zur Nutzung des öffentlichen Raums. Dennoch finden zahlreiche Kontakte mit staatlichen Stellen auf Gemeindeebene statt. Deshalb sind Behörden und Verwaltung in der Stadt Zürich unserer Meinung nach dazu verpflichtet, eine hinderliche Vermehrung von Bürokratie zu bekämpfen. Ebenso ist Bürokratie abzubauen, wo sie ein sachdienliches Ausmass überschritten hat: Überholte Regulierungen wie auch Normen, die nicht (mehr) nachvollziehbar oder die zu widersprüchlichem Verwaltungshandeln führen, müssen überprüft werden. Die Vereinfachung von Prozeduren und Formularen hilft, Konflikte zu vermeiden und dient nicht zuletzt auch der Eindämmung von Schwarzarbeit.

Um dem Thema sachgerecht zu begegnen, ist es zentral, die Ebenen der Regulierung auseinanderzuhalten. Ein wichtiger Teil der städtischen Aufgaben sind Umsetzung und Vollzug des übergeordneten Rechts. Wir finden es daher erfreulich, dass die gleichen Kreise, die den "Bürokratieabbau" sowie die Förderung von KMU als ihre Priorität bezeichnen, nicht nur in der Stadt, sondern auch beim Kanton Zürich mit entsprechenden

⁶ NZZ vom 5. März 2011 (René Zeller): «Tragikomisch wuchernde Bürokratie».

⁷ Beispiele für im Bundesrecht geregelte Bereiche: Sozialversicherungen, Umweltschutz, Arbeitsrecht, Ausländergesetzgebung, Mehrwertsteuerrecht, Handelsregisterrecht, Gesellschaftsrecht; Beispiele für auf kantonaler Ebene geregelte Bereiche: Steuern, Wirtschafts- und Sozialversicherungsgesetzgebung, Prozessrecht, Umweltschutz, Bildungswesen, Handelsregister, Planungs- und Baurecht, Arbeitsbewilligungen.

Forderungen vorstellig geworden sind: Die SP-Fraktion erwartet, dass den "Sonntagspredigten" nun konkrete Taten folgen.

Auf kantonaler Ebene sind seit dem 1. Januar 2011 das Gesetz zur administrativen Entlastung der Unternehmen (EntlG) und die zugehörige Verordnung in Kraft.⁸ Diese bezwecken unter anderem die Reduktion der Zahl anzusprechender Behörden und Verwaltungsstellen, die Förderung von E-Government sowie die Vereinfachung und Vereinheitlichung von Formularen. Im Zentrum steht die gesetzlich definierte Aufgabe, dass bestehende und neue Erlasse auf ihre Wirtschaftsverträglichkeit hin zu (über)prüfen sind. Hierfür wurde eine Kommission eingesetzt, in der VertreterInnen des Gewerbeverbandes, der Handelskammer und der Arbeitnehmenden vertreten sind und die sich bereits mit mehreren Themen (z.B. in den Bereichen Gastronomie, Krippen- und Registerwesen) beschäftigt hat. Für den Vollzug von Gesetz und Verordnung wurde in der Volkswirtschaftsdirektion eine Informations- und Koordinationsstelle eingerichtet, die auch die Geschäfte der erwähnten Kommission führt.

2.2 Das Paradox der Regulierung

In der gegenwärtigen Diskussion und namentlich auf Seiten der bürgerlichen Parteien werden Regeln und Regulierungen meist einseitig negativ dargestellt. Doch bedeutet "keine Regeln" nicht einfach "mehr Freiheit". Im Gegenteil. "Keine Regeln" bedeutet meist "Recht des Stärkeren" oder "Freiheit des Vermögenden". Regeln können nicht selten dadurch legitimiert sein, dass sie zu gleich langen Spiessen, dadurch mehr Fairness und einer gesunden Form von Wettbewerb führen. Auch sind Vorschriften in den meisten Fällen auf reale Konflikte oder Ereignisse zurückzuführen: Eine Produktion macht Lärm, und jemand formuliert den (berechtigten) Wunsch nach Ruhe. Oder: Ein Kind stürzt tragischerweise aus einem Fenster, was zu rigideren Bauvorschriften führt.

Regeln können auch zu Vereinfachung führen. Das vielzitierte Zürcher "Marronihüsli" stellt eigentlich eine solche dar: Nicht jedes einzelne Häuschen muss mehr separat bewilligt werden. Im Gegenteil: Ziel war es, durch Verwendung eines "städtischen Marronihüsli" das Bewilligungsverfahren für solche Häuschen zu überspringen.⁹ Normierung dient also nicht selten der Vereinfachung und schafft Rechtssicherheit.

Für die SP-Fraktion steht fest: Jede Regulierung muss das Ergebnis einer Güterabwägung sein. Und in diesem Sinn muss sie begründet werden: Verzichten wir auf Freiheit, um damit zusätzliche Sicherheit zu gewinnen, Kosten zu reduzieren oder andere Ziele zu erreichen, oder gewichten wir die Freiheit im Einzelfall höher? Reine Betroffenheitsgesetzgebung lehnen wir ab – nicht jedes Problem kann durch ein neues Gesetz gelöst werden. Ausserdem ist nicht zu vergessen, dass es transparente Kommunikation braucht, um die Akzeptanz von Regulierungen zu erhöhen.

⁸ Es handelt sich dabei um einen Gegenvorschlag des Kantonsrats zur 2006 eingereichten und inzwischen zurückgezogenen KMU-Entlastungsinitiative des kantonalen Gewerbeverbandes.

⁹ Ein weiteres Beispiel sind die ebenfalls vielgeschmähten Standards für den Bau von Schulhausanlagen, die auf dem Weg der Normierung auf Vereinfachung und verbesserte Kostenkontrolle abzielen. Vgl. dazu unten, 4.2

3. Verwaltungskultur und "E-Government"

Ein zentraler Aspekt der KMU-Förderung ist die Verbesserung der Verwaltungskultur: Unser Ziel ist mehr BürgerInnennähe. Dabei spielt die Kommunikation zwischen BewohnerInnen, Gewerbetreibenden, UnternehmerInnen und Stadtverwaltung eine wichtige Rolle: Einerseits geht es um den direkten Kontakt auf den Arbeitsstellen, andererseits um die Formulierung von Regeln und Formularen. Hier lässt sich einiges an Verbesserungspotential ausmachen. Besonders beim Erstkontakt müssen Auftritt und Verhalten der Verwaltungsangestellten – die im Endeffekt meist am längeren Hebel sitzen – darauf ausgerichtet sein, Lösungen zu finden und Konflikte zu vermeiden. Eine entsprechende Ausbildung der städtischen Angestellten mit KundInnenkontakt sowie der Beizug von SpezialistInnen (beispielsweise von KulturvermittlerInnen) sind Investitionen im Interesse aller: Die KMU- und bürgerInnennahe Stadt braucht genügend, motiviertes und gut ausgebildetes Personal! In diesem Zusammenhang ist auch die Forderung nach Schaffung einer einheitlichen Anlaufstelle ("Single Point of Contact") zu sehen. Erreichbarkeit und Öffnungszeiten einer solchen Anlaufstelle – wie auch anderer Stellen mit intensivem Bevölkerungskontakt – müssen bürgerInnennah sein.

Viele Beispiele zeigen, dass oft nicht die Norm an sich für Ärger sorgt, sondern ihre Auslegung. Unser Ziel ist die Ausschöpfung des (durchaus vorhandenen) Ermessensspielraums in der Auslegung von Vorschriften: Dieser muss in der Verwaltung bekannt sein, und es darf nicht sein, dass Angestellte gerügt werden, wenn sie diesen Spielraum ausschöpfen: Ermessensunterschreitung ist verwaltungsrechtlich genauso untersagt wie Ermessensüberschreitung. Die politische Führung wie auch die DienstchefInnen haben eine Toleranz- und Fehlerkultur vorzuleben und entsprechende Ziele zu formulieren.

Ärgerlich für die Betroffenen wird es, wenn die Verwaltung widersprüchliche Anforderungen stellt: So wurde einem Wirt in der Stadt Zürich aus lebensmittelhygienischer Sicht die Installation eines Fliegengitters in der Küche vorgeschrieben, was der Denkmalschutz seinerseits verbot. Entsprechend muss der Kontakt zwischen den Ämtern verbessert werden (beispielsweise mit der Einrichtung "Runder Tische"), um solche widersprüchlichen Anforderungen bereits im Vorfeld zu bereinigen. Die SP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, der Vereinfachung von Abläufen und Verfahren sowie der Kohärenz des Verwaltungshandelns Priorität einzuräumen und die Mitarbeitenden der Verwaltung diesbezüglich zu schulen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil ja die Stadtverwaltung selber – etwa im Liegenschaftsbereich als Bauherrin – von den entsprechenden Abläufen betroffen ist. Die Fraktion stellt fest, dass die angesprochenen Problemfelder vom Stadtrat inzwischen erkannt worden sind.

Ein möglicher Weg, die Kommunikation zwischen Stadt, BürgerInnen und Unternehmen zu verbessern, ist der Ausbau von "E-Government"-Dienstleistungen: Unter "E-Government" versteht man die Anwendung digitaler Kommunikationstechniken im Kontakt und Informationsaustausch zwischen staatlichen Institutionen und privaten (juristischen oder natürlichen) Personen. Die SP-Fraktion macht sich für einen raschen und dienstleistungsorientierten Ausbau des E-Government-Angebotes in der Stadt Zürich stark. Entsprechend begrüßen wir die Massnahmen, die der Stadtrat mit seiner KMU-Verordnung umsetzt. Dabei betonen wir, dass die Chancengleichheit gewahrt werden muss, denn nicht alle Menschen in der Stadt Zürich haben Internetzugang. Auch der Datenschutz ist zu gewährleisten.

4. Zur KMU-Politik in der Stadt Zürich

Die Stadt ist attraktiv für grössere Unternehmen, während die KMU (inkl. Kreativwirtschaft) mit Konkurrenz und steigenden Mieten zu kämpfen haben. Regulierungsdichte und Bürokratie sind Teilaspekte dieser Problematik. Für die SP-Fraktion ist es selbstverständliche Aufgabe der städtischen Politik, möglichst gute Bedingungen für KMU zu schaffen. Zugleich ist zu beachten, dass - wie bereits festgehalten - die meisten Regeln dem Bundes- oder dem kantonalen Recht entspringen und die Stadt hierbei allenfalls den Vollzug wahrnimmt..

In der Legislatur 2006–2010 verfolgte der Stadtrat den Legislatorschwerpunkt "Stadt Zürich: kundenorientiert, initiativ und kompetent", mit einem Teilprojekt "Abbau der Normendichte, Erhöhung von Handlungsspielräumen sowie Vereinfachung und Optimierung von Bewilligungsverfahren" (NoHa). Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Vereinfachung von Verfahren und die Überprüfung der Regulierungsdichte eine Daueraufgabe ist. In diesem Sinn hat er Ende März 2011 seinen indirekten Gegenvorschlag zu den zwei Initiativen des städtischen Gewerbeverbandes präsentiert. Diese fordern eine "Regulierungsfolgenabschätzung" (RFA), ein KMU-Forum als Begleitkommission und eine einheitliche Anlaufstelle. Der stadträtliche Gegenvorschlag besteht in einer "Verordnung über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für KMU". Diese sieht vor, dass städtische Erlasse KMU-verträglich ausgestaltet werden müssen, Vorschriften überprüft und wo möglich abgebaut werden, Verfahren beschleunigt werden, und generell der Verkehr mit städtischen Stellen vereinfacht wird. Wie in der Initiative verlangt, schafft die Verordnung die Grundlage für eine RFA städtischer Erlasse, und setzt ein KMU-Forum ein, welches diese begleitet. Ebenso bestimmt sie eine Informations- und Koordinationsstelle ("Single Point of Contact") innerhalb der städtischen Verwaltung.

Die SP-Fraktion begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen und sieht in der stadträtlichen Verordnung ein gutes Instrument zur Förderung der KMU. Die SP-Fraktion wertet diese als wichtiges Zeichen eines politischen Willens, KMU-Anliegen hohe politische Priorität einzuräumen und fordert den Stadtrat auf, die Umsetzung der Verordnung rasch voranzutreiben.

Im Hinblick auf die nun in der stadträtlichen Verordnung aufgenommenen Ansätze ist das Engagement des städtischen Gewerbeverbandes, das in diese Vorlagen gemündet hat, zu würdigen. Gleichzeitig ist allgemein bekannt, dass sich beispielsweise Kreativwirtschaft, Ethnic Business sowie zahlreiche Kleinst- und Alleinunternehmer mit der Ausrichtung und der Politik des Gewerbeverbandes nicht identifizieren können. Die SP-Fraktion erwartet, dass der Stadtrat in Zukunft den Kreis seiner AnsprechpartnerInnen im Bereich KMU-Politik entsprechend ausweitet.

5. Nutzung des öffentlichen Raums

Teil einer umfassenden KMU-Politik ist die Frage nach dem Umgang mit dem öffentlichen Raum. Denn auch in diesem Bereich scheiden sich die Geister: Während die einen den öffentlichen Raum zur freien Nutzung durch Private freigeben wollen, verfolgen andere eine restriktive Politik, um Überstellung und Übernutzung zu verhindern. Die SP-Fraktion kritisiert die Kommerzialisierung öffentlicher Räume, die diese kostenloser und niederschwelliger Nutzung durch die Bevölkerung entzieht. Wir plädieren für eine Politik des Ausgleichs der verschiedenen Interessen, die sich der Nutzungs- und Zielkonflikte bewusst ist und unter Berücksichtigung der verschiedene Ansprüche den öffentlichen

Raum transparent verwaltet. Dies bedeutet, ihn nicht um jeden Preis "sauber" halten und ihn beispielsweise gewerblichen Nutzungen (Stichwort: Passantenstopper) entziehen zu wollen. Es bedeutet aber auch, davon abweichende öffentliche Interessen zu respektieren, etwa die sichere und hindernisfreie Benützung von Fussgängerbereichen. Die Nutzung des öffentlichen Raums darf zwar legitimerweise mit Gebühren belegt werden. Diese müssen jedoch nachvollziehbar ausgestaltet werden: Der öffentliche Raum darf nicht als blosser Ertragsquelle für die Stadtkasse gesehen werden. Abweichungen von einem reinen Kostendeckungsprinzip sind begründungspflichtig.

Ebenfalls im Kontext der Nutzung des öffentlichen Raums sind (grössere und kleinere) Anlässe zu sehen: Dies reicht vom "Züri Fäscht" bis zum kleinen Quartierstrassenfest. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Anzahl der Grossanlässe im Interesse der Stadtbevölkerung begrenzt werden kann und namentlich am Seebecken ein Ausmass erreicht ist, das nicht weiter zunehmen sollte. Gleichzeitig sollen für kleine und mittlere Quartieranlässe die Bewilligungsverfahren massiv vereinfacht und vereinheitlicht werden. Auch sind für nicht gewinnorientierte Anlässe (etwa Quartierfeste, aber auch für Standaktionen politischer Parteien) die Gebühren möglichst zu erlassen. Wenngleich solche Massnahmen nur indirekt das Gewerbe fördern, so vermögen sie zweifellos das zivilgesellschaftliche Engagement, das Quartierleben und damit den öffentlichen Raum als solchen zu stärken.

6. Verkehr und Gewerberäume

6.1 Verkehr und... Parkplätze!

Selbstverständlich spielt für die meisten Betriebe die Verkehrs- und Parkplatzsituation in der Stadt Zürich eine wichtige Rolle. Was den Verkehr angeht, ist nach Meinung der SP-Fraktion klar zwischen Berufs- und Privatverkehr zu unterscheiden. Entsprechend ist eine Reduktion des motorisierten Privatverkehrs im Interesse aller, die beruflich das Auto nutzen müssen – und somit auch im Interesse des Gewerbes. Jeder Wollerauer, jede Bruggerin, der oder die mit der S-Bahn statt mit dem Auto nach Zürich fährt, erleichtert einem Sanitärmonteur oder einer Fotografin den Weg zur Kundschaft.

Was das umstrittene Thema Parkplätze angeht, zeigt eine neue Studie, dass der finanzielle Ertrag eines Kundenparkplatzes tendenziell überschätzt wird.¹⁰ Nach Meinung der SP-Fraktion ist es notwendig, dieser Tatsache auch im Hinblick auf eine gewerbeorientierte Verkehrspolitik Rechnung zu tragen. Dazu wäre es wünschenswert, den tatsächlichen Umsatzbeitrag der einzelnen Verkehrsträger (ÖV, motorisierter Individualverkehr, Velo- und Fussgängerverkehr) in die Betrachtung einzubeziehen. Entsprechend unterstützen wir die aktuellen Bemühungen des Stadtrats, hierzu eine detaillierte Studie zu erstellen. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass es auch unter KMU-politischen Gesichtspunkten langfristig effektvoller ist, den Autoverkehr in der Stadt zu reduzieren, als das Parkplatzangebot und damit den Autoverkehr in der Stadt weiter auszuweiten. Autofreie Zonen bringen bekanntlich ein Mehr an Laufkundschaft. Gleichzeitig anerkennt die SP-Fraktion aber die Bedeutung unkomplizierter Zufahrts- und Parkierungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende. Eine KMU-freundliche Regelung für Gewerbeparkkarten findet unsere Unterstützung.

¹⁰ Vgl. http://www.stadt-zuerich.ch/ted/de/index/taz/mobilitaet/autoverkehr_parkierung/parkierung.html.

6.2 Räume, Bau- und Zonenplanung

Aus Sicht der SP-Fraktion gilt es, die Aufmerksamkeit noch stärker auf DEN zentralen Faktor einer nachhaltigen KMU-Förderungspolitik zu lenken: Die (langfristige) Verfügbarkeit von günstigen Räumen. Denn die meisten KMU leiden nicht in erster Linie am mangelnden Kundenparkplatz oder am Formular der Baupolizei, sondern daran, dass in unserer Stadt je länger je weniger günstige Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, besonders auch solche mit langfristigen Mietverträgen. Branchen mit durchschnittlichen oder tiefen Gewinnmargen haben es schwer, zahlbaren Gewerberaum zu finden. Da weder das geltende Bodenrecht noch der Markt dieses Problem lösen, sondern es im Gegenteil und besonders in der Innenstadt laufend verschärfen, ist die öffentliche Hand gefordert. Dieser Auffassung ist auch die Stadtzürcher Stimmbevölkerung, hat sie doch am 13. Juni 2010 der Volksinitiative "Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich" mit mehr als 70% Ja-Stimmen überdeutlich zugestimmt.

Über die Stiftung PWG und in Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren sind günstige Gewerberäume zu schaffen, die denjenigen zur Verfügung stehen, die sie nötig haben. Ebenso müssen gemeinschaftliche Projekte wie beispielsweise das "Örlikerhus" unterstützt werden. Das Haus entstand aus der Zusammenarbeit verschiedener Gewerbetreibender, die zu Beginn der 1970er Jahre die Gewerbehausgenossenschaft Örlikerhus gründeten, um eine gemeinsam genützte Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Denkbar sind auch noch weitergehende Formen der Zusammenarbeit von Gewerbetreibenden, beispielsweise die Zusammenlegung von administrativen Stellen oder Übergang zu gemeinsamem Inkasso oder gemeinsamem Einkauf. In diesem Sinne unterstützt die SP-Fraktion die künftige Nutzung des AMAG-Areals ("Werkerei") in Schwamendingen und beobachtet dessen Entwicklung. Auch Projekte wie das "betahaus", das gemeinschaftlich genutzte Räume für gestalterische Arbeit zur Verfügung stellt, oder das innovative "Drive-In"-Gewerbehaus "Tatort" sind zukunftsweisend. Für die SP-Fraktion ist es denkbar, dass die öffentliche Hand solche Bestrebungen auf Nachfrage hin unterstützt und beispielsweise bei der Vermittlung und Organisation gemeinschaftlich genutzter administrativer Ressourcen mithilft. Die SP-Fraktion erachtet dies aber nicht als primäre staatliche Aufgabe, welche von der öffentlichen Hand aktiv anzugehen wäre. Vielmehr sieht sie eine allfällige städtische Rolle lediglich in Ergänzung zu entsprechenden Aktivitäten auf Seiten der Betriebe und der Verbände.

Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang der Wohnraum: Wer im Betrieb keine hohen Gewinne erwirtschaften kann, ist auch auf ein zahlbares Dach über dem Kopf angewiesen. Die konsequente Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger ermöglicht somit indirekt auch zahlreichen GewerblerInnen und Kreativen den Verbleib in der Stadt Zürich. Auch günstige Angebote zur Kinderbetreuung sind für Angestellte und Inhaber/innen von Kleinst- und Kleinunternehmen eine wirkungsvolle Unterstützung.

Im Zusammenhang mit der Bereitstellung von zahlbaren Gewerberäumen ist ein Augenmerk auf die Zonierung zu richten: Wir sind überzeugt, dass es nicht bloss Räumlichkeiten braucht, sondern auch Zonen für Gewerbe und Industrie, in denen Produktion – mit den dazugehörigen Immissionen – möglich ist. Die SP-Fraktion fordert deshalb ein rasches Vorantreiben der vorgesehenen BZO-Revision und verlangt, dass dabei die Bedürfnisse von KMU, Gewerbe- und Industriebetrieben angemessen Beachtung finden.

7. Was braucht die KMU-freundliche Stadt? – Unsere Forderungen

7.1 Bereitstellung günstiger Gewerberäume

- Zonenrechtliche Förderung von KMU, Gewerbe und Kreativwirtschaft im Hinblick auf die bevorstehende BZO-Revision, Erhaltung von Gewerbe- und Industriezonen, wo auch Produktion möglich ist
- Abgabe von städtischem Boden in Baurecht zur Realisierung von Gewerbeliegenschaften
- Zusammenarbeit mit privaten und gemeinnützigen Wohnbauträgern, um gewerbliche Parterrenutzungen zu fördern
- Förderung der Stiftung PWG durch Abschreibungsbeiträge
- Förderung der Zusammenarbeit von Gewerbetreibenden und von gemeinschaftlichen Projekten (Beispiel "Örlikerhus"), Schaffung eines entsprechenden städtischen Dienstleistungsangebots
- Förderung von Zwischennutzungen für KMU, Gewerbe und Kreativwirtschaft
- Auch günstige Wohnmieten sind essentiell für Kleingewerbler und Kreativwirtschaft!

7.2 "Bürokratieabbau", Verwaltungskultur und E-Government

- Stadtrat und Vorgesetzte müssen eine bürgerInnenorientierte, effiziente und transparente Verwaltungskultur auf allen Ebenen vorleben und fördern
- Schaffung eines "Single Point of Contact" (einheitliche Anlauf- und Koordinationsstelle) mit besonders geschulten Mitarbeitenden und bürgerInnenfreundlichen Öffnungszeiten
- Verbesserung der mündlichen wie schriftlichen Kommunikation (inklusive der Sprache der behördlichen Erlasse) – nicht zuletzt auch im Hinblick auf die spezifischen Schwierigkeiten von "Ethnic Business". Aktive Öffentlichkeitsarbeit für die bürgerInnen- und KMU-freundliche Verwaltung
- Ausbau der E-Government-Angebote, Nutzung der Möglichkeiten, die die elektronische Unterschrift (IDSuisse) bietet
- Koordination der Ämter und Anforderungen untereinander verbessern, Bereinigung von widersprüchlichen Auflagen an "Runden Tischen"
- Überprüfen der Regulierung, Vereinfachung von Verfahren, Abbau von Normen, wo möglich
- Respektierung der Rechte der Arbeitnehmenden auch in Familien-, Klein- und Kleinstunternehmen, Sicherstellung der Mitbestimmung in den Betrieben

7.3 Wirtschaftsförderung für KMU

- Beratungsmöglichkeiten besonders auch für kleine und Kleinstbetriebe und Start-Ups fördern (Start Zentrum, kmuNEXT, Wirtschaftsförderung Stadt Zürich, Standortförderung Kanton Zürich, Öko-Kompass). Zürich wird zur "Gründungsstadt"
- Spezielle Unterstützung von "Ethnic Business" und Firmengründungen von Frauen
- Finanzierungsmöglichkeiten bereitstellen (z.B. Verein GO! Ziel selbständig, Bürgerschafts- und Darlehensgenossenschaft der evang.-ref. Landeskirche des Kantons Zürich), Verstärkung des Engagements der ZKB, der Raiffeisenbanken und Sparkassen, Unterstützung beim Bereitstellen von Sicherheiten
- Sicherung von Arbeitsplätzen durch Hilfestellung bei Nachfolgeproblemen
- Vergabe städtischer Aufträge (bei Submissionen wie auch im freihändigen Verfahren) an lokale KMU, Gewerbe und Kreativwirtschaft, Formulieren von Kriterien, z.B. Bevorzugung von Ausbilderbetrieben
- Verbesserung der Zahlungsmoral und Verkürzung der Zahlungsfristen: Kein Zahlungsverzug bei Auftragserteilung durch die Stadt Zürich, Durchsetzung einer Zahlungsfrist von 30 Tagen

7.4 Öffentlicher Raum, Verkehr und Parkplätze

- Einbezug von VertreterInnen von KMU, Gewerbe und Kreativwirtschaft in Planungsprozesse (Bau, Verkehr, Parkplätze)
- Zufahrts- und Parkierungsmöglichkeiten für Gewerbetreibende
- KMU-freundliche Regelungen bei Gewerbeparkkarten
- Transparente Verwaltung des öffentlichen Raums

7.5 Auswahl von Forderungen auf Bundes- und kantonaler Ebene

- Verstärkte soziale Sicherheit für Selbständigerwerbende (berufliche Vorsorge, Arbeitslosenunterstützung)
- Vereinfachung der Schaffung von Teilzeitstellen, Vereinfachung der Sozialversicherungsabrechnungen insbesondere bei temporären Anstellungen
- Vereinfachung der Mehrwertsteuerabrechnung
- Unterstützung von Klein- und Kleinstunternehmen bei Import- und Exportformalitäten

Nützliche Links

www.kmu.admin.ch – KMU-Portal des Bundes

www.gruenden.ch – Gründungsplattform des Kantons Zürich

www.zh.ch/internet/de/ktzh/leben_arbeit/bewilligungen.html – Übersicht über Bewilligungspflichten im Kanton Zürich

www.awa.zh.ch/internet/volkswirtschaftsdirektion/awa/de/standort/entlastung.html – Unternehmensentlastung im Kanton Zürich

http://www.stadt-zuerich.ch/portal/de/index/politik_u_recht/politik_der_stadt_zuerich/legislatorschwerpunkte/ezuerich.html – Legislatorschwerpunkt der Stadt Zürich "eZürich"

www.gewerbezuersch.ch – Gewerbeverband Stadt Zürich

www.kgv.ch – Gewerbeverband Kanton Zürich

<http://www.unternehmen-zukunft.ch> – Verband von Selbständigerwerbenden, KMU und NGO

<http://oerlikerhus.ch> – Gewerbehaus-Genossenschaft Örlikerhus

<http://www.betahaus.ch> – "Co-Working Space" für gestalterisches Arbeiten

<http://www.tatort-zuerich.ch> – Innovatives Gewerbehaus in Zürich-Affoltern, das 2013 eröffnet wird